

- staatlich anerkannte oder von einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft abgenommene Prüfung, deren Inhalt den Anforderungen der AEVO entspricht (Befreiung auf Antrag).
- [4] Zuerkennung aufgrund langjähriger, erfolgreicher (unbeanstandeter) Ausbildungstätigkeit.
- [5] Quellen:
- DIHT, Berufsbildung (ab Heft 1980/81 Berufs- und Weiterbildung) verschiedene Jahrgänge.
 - Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Berufliche Bildung, verschiedene Jahrgänge.
- Zur Untersuchung dieser Daten vgl. auch Kutt, Konrad: Aus- und Weiterbildung der Ausbilder, Bilanz und Perspektiven. In: Zeitschrift für Pädagogik, 26. Jahrgang, Nr. 6, 1980.
- [6] Nach Expertenmeinung und Angaben einiger Kammern bilden etwa die Hälfte der gemeldeten Ausbilder tatsächlich aus. Da einige Betriebe mehrere Ausbilder melden, erschien dieser Prozentsatz etwas zu niedrig. Ob der Satz von 60 Prozent realistisch ist, bedarf einer weiteren Prüfung.
- [7] Vgl. Angaben in: Deutscher Industrie- und Handelstag, Berufsbildung 1978/79, S. 75; neuere Angaben liegen nicht vor.

UMSCHAU

Dietrich Schmidt-Hackenberg

Ausländische Jugendliche 1981

Beschäftigungs- und Ausbildungssituation verschlechterte sich

Die Zahlen der ausländischen Jugendlichen in Beschäftigung und Ausbildung liegen jetzt für das Berichtsjahr 1981 vor. Hiernach gab es am 30. Juni 1981

- 97 556 ausländische Jugendliche im Alter von 15 bis unter 20 Jahren, die als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gemeldet waren. Das waren 27 Prozent der gleichaltrigen ausländischen Jugendlichen. Darunter
- 36 756 in beruflicher Ausbildung (Auszubildende, Umschüler, Anlernlinge usw.). Das waren 38 Prozent der gleichaltrigen ausländischen Beschäftigten.

Gegenüber dem Berichtsjahr 1980 bedeutet das:

- Rückgang der Zahl der Beschäftigten um etwa 4000.
- Zunahme der Zahl der Beschäftigten in beruflicher Ausbildung um 334.

Dem steht eine Zunahme der gleichaltrigen ausländischen Wohnbevölkerung seit 1980 um 44 000 gegenüber.

Die Beschäftigungslage in den Bezirken der Landesarbeitsämter entwickelte sich unterschiedlich (vgl. Spalten 3 u. 4 der nachfolgenden Tabelle):

Ausländische Jugendliche im Alter von 15 bis unter 20 Jahren. Wohnbevölkerung, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Beschäftigte in beruflicher Ausbildung im Bundesgebiet 1981

Landesarbeitsamtsbezirk	Wohnbevölkerung*)		Darunter Beschäftigte**)			Darunter in beruflicher Ausbildung **)				
	absolut 1	Verände- rung zu Vorjahr 2	absolut 3	Verände- rung zu Vorjahr 4	% zu Spalte 1 5	absolut 6	Verände- rung zu Vorjahr 7	% zu Spalte 3 8	% zu Spalte 1 9	
Schleswig-Holstein/ Hamburg	19 000	+ 3 400	4 073	+ 8	22	1 835	– 33	45	10	
Niedersachsen/Bremen	28 900	+ 3 800	6 266	– 950	22	2 621	– 308	42	9	
Nordrhein-Westfalen	115 900	+ 14 600	25 754	+ 1 372	22	10 738	+ 340	42	9	
Hessen	38 300	+ 4 400	9 569	– 1 329	25	4 181	– 38	44	11	
Rheinland-Pfalz/Saarland	16 900	+ 1 700	5 633	– 822	33	1 961	– 41	35	12	
Baden-Württemberg	72 800	+ 7 000	24 949	– 2 203	34	7 594	+ 175	30	10	
Nord-/ Süd-Bayern	49 700	+ 6 000	5 563	– 22	33	2 052	+ 150	38	13	
Berlin (West)	20 600	+ 3 200	4 541	+ 280	22	4 228	– 33			
Bundesgebiet	362 100	+ 44 200	97 556	– 3 681	27	1 576	+ 125	35	8	
Bundesgebiet am 30.06.1980	317 900	+ 55 000	101 237	+ 24 634	32	36 796	+ 334	38	10	
						36 462	+ 5 758	36	11	

*) Ausländische Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 20 Jahren am 30. September 1981.

**) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer im Alter bis unter 20 Jahren am 30. Juni 1981.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Reihe 1.4 – Ausländer 1981.

Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der BA, Heft 5/1982, S. 865 f., S. 884 f.

Eigene Berechnungen BIBB/1.1-SchH.

- Nordrhein-Westfalen (+ 1372) und Berlin (+ 280) verzeichneten eine Zunahme.
- Den stärksten Rückgang verzeichnete Baden-Württemberg (- 2203).

Die Zahl der ausländischen Beschäftigten in beruflicher Ausbildung nahm zwar auch 1981 wieder zu, blieb aber mit einem Anstieg von 334 weit hinter dem Vorjahr zurück, das eine Zunahme um + 5758 zu verzeichnen hatte (Spalten 6 u. 7):

- Die Zunahme blieb 1981 auf Nordrhein-Westfalen (+ 340), Baden-Württemberg (+ 175), Nordbayern (+ 150) und Berlin (+ 125) beschränkt.

Bezogen auf die Zahl aller ausländischen Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 20 Jahren zeigt sich für 1981 (Spalte 9):

- Im Bundesdurchschnitt war nur jeder 10. junge Ausländer ein Beschäftigter in beruflicher Ausbildung (im Vorjahr 1980 dagegen noch 11%).
- Mit einem Anteil von 13 Prozent lag Bayern hierbei an der Spitze, während Berlin mit 8 Prozent den niedrigsten Anteil aufwies.

Einer Zunahme der ausländischen Arbeiter in beruflicher Ausbildung um 1657 stand ein Rückgang der ausländischen Angestellten in Ausbildung um 1323 = 11 Prozent gegenüber.

MODELLVERSUCHE

Überregionale BLK-Auswertung von Modellversuchen zur Weiterentwicklung beruflicher Schulen

Zur Funktion der BLK bei der Durchführung von Modellversuchen

Nachdem die Fortschreibung des Bildungsgesamtplans gescheitert ist, könnte sich die bereits in der Vergangenheit laut gewordene Kritik an der Funktions- und Leistungsfähigkeit der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) verstärken. Dabei sollte allerdings gesehen werden, daß die Fortschreibung nicht an unüberbrückbaren bildungspolitischen Gegensätzen gescheitert ist, sondern am Veto der Finanzminister, die bei der gegenwärtigen Situation der öffentlichen Haushalte wieder einmal zur wichtigsten bildungspolitischen Entscheidungsinstanz avanciert sind. Zu den Funktionen der BLK, die auch von ihren Kritikern nicht in Frage gestellt werden, gehört ihre Beteiligung an der Förderung von Modellversuchen im Schul- und Hochschulbereich durch Bund und Länder. Die „Praxis der Modellversuche“ ist nach der Formulierung des ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretärs im BMBW, ECKART KUHLWEIN, ein ausgesprochener „Aktivposten“ gemeinsamer Bildungsplanung, „durch den vieles in Bewegung gebracht werden konnte. ... Hier ist wenigstens die gute Chance, Provinzialismus bei Innovationen im Bildungsbereich zu vermeiden“ [1].

Die Beteiligung der BLK beschränkt sich nicht auf die Beratung von Modellversuchsanträgen, die Formulierung von gemeinsamen Förderungsempfehlungen oder die Festlegung inhaltlicher Versuchsschwerpunkte, sondern sie umfaßt auch die zusammenfassende sogenannte „überregionale“ Auswertung der Modellversuche. Zu diesem Zweck sind 1974 allgemeine „Verfahrensgrundsätze“ beschlossen worden, in denen drei unterschiedliche Auswertungsverfahren vorgesehen sind: 1. die Zusammenstellung des Materials anhand vorgegebener Auswertungskriterien durch die Geschäftsstelle der BLK; 2. die Zusammenstellung und Analyse durch Sachverständige; 3. die Aufbereitung und Analyse der Versuchsergebnisse durch eine eigens dafür eingesetzte Projektgruppe [2]. Welches Verfahren im konkreten Einzelfall angewandt wird und zu welchem Zeitpunkt die Versuche eines bestimmten Themenbereichs ausgewertet werden, darüber entscheidet der Ausschuß „Innovationen“ der BLK.

Im Bereich der Modellversuche im beruflichen Schulwesen ist das vergleichsweise aufwendigste Auswertungsverfahren durch eine spezielle Projektgruppe bisher für den Versuchsschwerpunkt „Berufsgrundbildungsjahr“ zum Zuge gekommen. Der Auswertungsbericht der Projektgruppe, in der das BIBB mitgearbeitet hat, wurde 1979 veröffentlicht [3]. Kürzlich sind die Ergebnisse einer zweiten überregionalen Auswertung publiziert worden, wobei in diesem Fall der Bericht von drei Sachverständigen

erarbeitet wurde: Wiss. Dir. M. KLEINSCHMITT (BIBB, Berlin), OStDir. B. RATH (Delmenhorst) und Prof. J. ZABECK (Universität Mannheim) [4]. In die Auswertung waren insgesamt 21 Modellversuche einbezogen, die im Zeitraum 1971 bis 1977 durchgeführt wurden. Die von der BLK gewählte thematische Umschreibung „Modellversuche zur Weiterentwicklung beruflicher Schulen“ deutet an, daß es sich inhaltlich um recht heterogene Versuchsthemen handelt. Aussagekräftiger ist die von den Sachverständigen gewählte Untergliederung, die für die folgende komprimierte Wiedergabe einiger Ergebnisse übernommen wird.

Modellversuche

zur inneren und äußeren Reform beruflicher Schulen

Angesichts einer wachsenden Streuung der Lernvoraussetzungen ihrer Schüler stellt sich gerade für die Pflichtberufsschule die Frage, welche Möglichkeiten zur Differenzierung und Individualisierung des Unterrichtsangebotes bestehen. Einige organisatorische und curriculare Ansätze wurden in einem breit angelegten Versuchsprogramm in Baden-Württemberg erprobt, in das rund 5000 Berufsschüler einbezogen waren. Nicht bewährt und deshalb aufgegeben wurde der zunächst eingeschlagene Weg einer durchgängigen Niveaugruppenbildung, die offenbar mit den vorrangigen Erfordernissen fachlich-beruflicher Differenzierung häufig nicht in Einklang gebracht werden kann. Möglich und sinnvoll ist dagegen – auch nach dem Urteil der Sachverständigen – die Abzweigung eines bestimmten Stundenkontingents (im Modellversuch: 2 WoStd) für die Einführung eines Stütz- bzw. Erweiterungsangebotes (S-/E-Programm). Der Stützunterricht soll Leistungsdefizite im berufsbezogenen Pflichtbereich ausgleichen und das Erreichen des Berufsabschlusses sicherstellen. Im Unterschied dazu eröffnet der Erweiterungsunterricht leistungsfähigen Berufsschülern die Möglichkeit zur Wahl eines Zusatzangebots sowohl in allgemeinen Lerngebieten (z. B. Fremdsprachen, Sport, musicale Betätigungen) als auch in berufsorientierten Kursen (z. B. Maschinenschreiben). Die prinzipiell „positiven Erfahrungen“ die von den Trägern der Modellversuche konstatiert werden, sind wegen des Fehlens einer wissenschaftlichen Begleitung leider nicht durch differenzierte Untersuchungsergebnisse – etwa über die Effizienz des Stützunterrichts oder das Wahlverhalten der Schüler – untermauert. Plausibel ist jedoch die Aussage, daß die Organisierbarkeit eines solchen Wahlpflichtprogramms an eine Untergrenze von etwa 12 bis 13 Unterrichtsstunden pro Woche, also an zwei Berufsschultage, gebunden ist.

Berufliche Schulen sind gewöhnlich komplexe Schulsysteme, die eine Vielzahl unterschiedlicher Schulformen unter einem Dach vereinigen können: Pflichtberufsschule, Berufsfachschulen, Fachschulen, Fachoberschule, Berufliches Gymnasium u. a. Der Auswertungsbericht beschreibt verschiedene Modellversuche, in denen eine schulformübergreifende Kooperation – teilweise